

Pränumerations-Preise:

Für Laibach:

Wanzjährig . . .	8 fl. 40 fr.
Halbjährig . . .	4 " 20 "
Vierteljährig . . .	2 " 10 "
Monatlich . . .	— " 70 "

Mit der Post:

Wanzjährig . . .	11 fl. — fr.
Halbjährig . . .	5 " 50 "
Vierteljährig . . .	2 " 75 "

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion

Sapinbofasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten-Bureau:
Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmahr & S. Bamberg)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Zeitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr. dreimal à 7 fr. Inserationsstempel jedesmal 30 fr. Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechendes Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 106.

Dienstag, 9. Mai 1871. — Morgen: Sfidor.

4. Jahrgang.

Auch ein Programm.

Das „wahre Oesterreichertum“ spukt auch unter uns und läßt hie und da, meist aber nur in dem verrufensten aller Wiener Blätter, das niemand gerne in den Mund nimmt, seine Unkenrufe ertönen. Wie dieses Blatt sich räuspert und wie es spuckt, hat es ihm vortrefflich abgeguckt. Es wirft bereits mit „Preussensuche“ und „borussischen Tendenzen“ um sich und begeistert alles, was nicht zur neuen Aera schwört und in ihr die beste aller Aeren findet. Vor uns liegt eine Flugschrift, die in sehr starker Auflage gedruckt worden sein soll. Sie aber, obgleich sie bereits das Datum vom 9. April trägt, aus bisher unbekanntem Gründen vorläufig noch zurückgehalten wird. Sie führt den Titel: „Ein Programm Laibacher Bürger“ und enthält zunächst acht von uns bereits in der letzten Donnerstagsnummer mitgetheilte Programmpunkte, hierauf aber als das eigentlich interessante: „Einige Worte zur Ausführung,“ welche wir an einer anderen Stelle des Blattes mittheilen.

Der Verfasser nennt sich nur „Schreiber dieses, der sich erlaubt hat, der Dolmetsch seiner Gesinnungsgenossen zu sein.“ Mit manchem seiner Sätze kann man einverstanden sein; sie sind eben hausbackene Wahrheiten, über die unter halbwegs Vernünftigen wohl nie eine Meinungsverschiedenheit geherrscht, und bedürften eben nicht der Wichtigtherei, womit sie als funkeluagelneue Lehrsätze in die Welt gesetzt werden. Schlimmer steht es mit der Grammatik und Logik des Herrn, der sich zum Sprecher der „Laibacher Bürger“ aufwirft. Wenn man den Anspruch erhebt, zur Klärung der Begriffe öffentlich als Sprachrohr einer Körperschaft von der „fortgeschrittenen Bildung des Bürgerstandes“ hervorzutreten, so muß man vor allem selbst klar denken und das klar gedachte formrichtig und den Gesetzen des Denkens gemäß zum Ausdruck bringen. Einige Beispiele mögen des Verfassers Denk- und Sprachweise erläutern. Was soll z. B. der Titel: „Ein Programm Laibacher Bürger“ besagen? Welches Ministerium steckt denn hinter diesem grammatischen Schnitzer? Daß es ein solcher und kein Versehen des Setzers, beweist der Umstand, daß es wörtlich so in dem verrufensten Wiener Blatte steht. Es ist, beiläufig gesagt, gewiß keine Empfehlung, wenn ein solches, von der guten Gesellschaft geächtete Blatt über dies „Programm der in Bildung begriffenen Mittelpartei“ in Laibach in Entzücken geräth und es zuerst der stammenden Welt verkündet.

In der Ausführung heißt es gleich anfangs: „Der Zeitgeist ringt nach der Geltendmachung des Individuums.“ Wir ändern Menschenkinder waren also bis nun in einem großen Irrthum befangen, wenn wir dafürhielten, die Weltgeschichte beginne nicht erst von heute, der Kampf ums Dasein, das Ringen nach Geltendmachung sei ein uraltes Gesetz für das Bestehen des Individuums. Dann wird mit einem logischen Sprunge von einer Kühnheit sonder gleichen die Geltendmachung des Individuums eine „kulturhistorische Tendenz“ genannt, welche freiheitliche Gesetze zu Tage gefördert habe, deren wir

uns namentlich (!) in Oesterreich erfreuen. Wie die Thatsache lehrt, besteht die Geltendmachung zahlloser Individualitäten „namentlich in Oesterreich“ nicht darin, freiheitliche Gesetze zu Tage zu fördern, sondern die zu Recht bestehenden, die dem Staatsbürger doch nach des Verfassers eigenem Geständniß zur Entwicklung und Geltendmachung seines Wertes nach allen Richtungen Raum und Schutz bieten, zu verspotten, zu verhöhnen, zu mißachten und so viel in ihren Kräften liegt, abzuthun.

Als Beleg dafür, was zu Stande kommt, wenn man auf solcher Grundlage aufbaut, wollen wir nur noch ein paar Stellen hervorheben, welche darthun, wie sich im Kopfe des Herrn Verfassers zwei der wichtigsten Fragen der Gegenwart, die Nationalitäten- und die religiöse Frage gestalten. Für erstere will er nach dem Satze „in der Natur sei alles Mittel und Zweck zugleich“ den „sachgemäßen Maßstab“ angelegt wissen, um daraus die Möglichkeit zu einer „naturgemäßen Behandlung“ zu gewinnen. Was sich der Verfasser unter „sachgemäßem Maßstab“ und „naturgemäßer Behandlung“ denkt, spricht er zwar nicht aus, da er aber mit hoher Befriedigung auf die auf „diesem Felde“ bereits erzielten „Fortschritte“ blickt und auf die hoffnungsvoll keimende Saat, an deren Gedeihen er bei der Emsigkeit der Hände, die sie pflegt (sic), nicht zweifelt, so können wir uns einigermaßen denken, was Geistes Kind derselbe sein mag.

Bis jetzt konnte der aufmerksamste Beobachter der Nationalitätsbestrebungen und Nationalitätskämpfe hierzulande nichts entdecken, als Hütcheln der dem Nationalcharakter anhaftenden Schwächen und Einseitigkeiten, der geistigen Indolenz und der politischen und religiösen Unduldsamkeit von Seiten der Volksführer und Pfaffen, Verhegung des Volkes bis zu Thätlichkeiten gegen Andersdenkende und Andersgläubige, Schaffung einer ausschließenden, abstoßenden und feindseligen Stellung dort den Italienern, hier den Deutschen gegenüber, offene Verachtung aller Kulturbestrebungen und der freiheitlichen Staatsgrundgesetze u. s. w. Und das sind wir andern Menschenkinder in unserer abnormen Denk- und Sprechweise gewohnt, Rückschritt und nicht „Fortschritte“ zu nennen. Wir befanden uns da in einem erschrecklichen Irrthume, wenn wir meinten, derlei Einseitigkeiten und Schwächen, die einer Nationalität in Folge gewisser Einwirkungen auf ihre Entwicklungsfäden anhaften, müßten durch fortgesetzte thatkräftige Anleitung zum Selbstdenken, zur Arbeit und Selbstständigkeit überwunden werden, und diejenige Nationalität stehe am höchsten in Charakterbildung, welche alle Richtungen menschlicher Thätigkeit zur möglichsten Vollkommenheit ausgebildet und sich dadurch zum energischen Eingreifen in den allgemeinen Kulturfortschritt der Menschheit am meisten befähigt hat. Nationalbildung, wähten wir irrtümlich, beruhe nicht auf Verachtung fremder Geistesrichtungen, denen man doch das bischen eigener Kultur verdankt, sondern müsse auf einer möglichst allseitigen, kräftigen und freien Entwicklung des Geistes und Charakters gerichtet sein, also eigentlich gar keinen besondern, vielmehr nur den

allgemeinen Zweck aller Menschenbildung verfolgen. Erst der Mensch, dann das Volkethum. Dies unsere Anschauung von der Nationalitätenfrage.

Wir kommen zur religiösen Frage und des Verfassers Anschauungen von derselben. „Wir vindizieren (sic) für die Forschungen der Wissenschaft unbeeirbares Feld, halten dabei an unserer erhabenen Religion mit Ueberzeugung und Charakterkonsequenz fest,“ heißt es Seite 5. Das ist sehr löblich vom Sprecher der „Mittelpartei,“ daß er die freie Forschung nicht verkürzen will; unter uns gesagt, sie würde das von seinesgleichen auch gar nicht dulden. Wie er aber damit zu Stande kommen will, ist uns ein Räthsel, da er mit solcher Ueberzeugungstreue „an unserer erhabenen Religion“ festzuhalten entschlossen ist. Weiß denn der Herr Verfasser allein nicht auf diesem Erdenrund, daß gerade die Religion, die er meint, den Forschungen der Wissenschaft spinnenseind ist, daß es keine schrofferen Gegensätze gibt, daß eine die andere ausschließt? Auch mit den „neuen Wunderphänomenen,“ von denen er wünscht verschont zu bleiben, wahrscheinlich weil ihm die alten genügen, wird es noch lange seine guten Wege haben, ungeachtet sie in dieser gottlosen Zeit nicht mehr recht gelingen wollen. Ebenso wird er sich den „religiösen Nihilismus à la Zimmermann“ noch insolange gefallen lassen müssen, als mit den erhabensten und reinsten Gefühlen des Menschen solcher Schwindel getrieben wird. Aus diesen Proben möge man auf den Geist schließen, der im Programm der „Mittelpartei“ steckt.

Der Bürgerkrieg in Frankreich.

Während die meisten Berichte aus Paris darin übereinstimmen, daß es noch heißer und blutiger Kämpfe bedürfen wird, ehe die Hauptstadt fällt, behauptet ein Pariser Korrespondent der „Allg. Ztg.“, daß er sich täglich mehr von der Unhaltbarkeit der grenzenlosen Diktatur überzeuge, welche die Kommune seit mehr als anderthalb Monaten in Paris ausübt. Wenn nur Versailles einmal in der Stadt selbst sein wird, dann werde das ganze Gebäude wie ein Kartenhaus zusammenstürzen und die Kommune werde verschwinden, wie sie gekommen, d. h. man weiß nicht wie. Um aber diese Umwälzung der Dinge herbeizuführen, müsse nothwendiger Weise ein großer Erfolg der Versailler Truppen errungen werden. Dieser läßt aber leider noch immer auf sich warten. Die Versailler bemühen sich einzuweisen, durch Anlage von Laufgräben das Fort Issy, das sie schon längst als in Trümmern liegend gemeldet, abzuschließen und setzen das Bombardement gegen dieses, sowie gegen Vanves eifrig fort. Nachrichten aus Paris vom 6. melden; ein Dekret der Kommune beauftragt Kossel mit der Initiative und der Oberleitung der militärischen Operationen. Das Zentralkomitee ist mit den verschiedenen Dienstzweigen der Kriegesadministration unter der direkten Kontrolle einer militärischen Kommission betraut. Am selben Tage fand bei St. Denis ein schrecklicher Zusammen-

stoß zweier Züge statt. Zahlreiche Reisende wurden theils getödtet, theils verwundet. Um die Verwirrung vollkommen zu machen, tritt Gambetta im Süden Frankreichs wieder auf den Schauplatz. Er hat die Municipalräthe der Städte über 20.000 Einwohner, denen das neue Municipalgesetz nicht gestattet, ihre Maires selbst zu wählen, aufgefordert, je drei Delegirte für eine nach Bordeaux einzuberufende Versammlung zu wählen. Auf diese Weise würde Frankreich am 10. Mai zwei Nationalversammlungen haben, abgesehen von der Commune in Paris. Gegen Gambetta und Laurier, heißt es, seien schon Verhaftbefehle erlassen, das „Paris-Journal“ behauptet, er sei schon am 7. d. M. in Lyon festgenommen worden. In Algier haben sich nicht nur die Eingeborenen erhoben, sondern die französischen Ansiedler wollen auch eine selbständige Nation bilden und sich unabhängig von Frankreich stellen. In ganz Kabylien und Constantine wird die Autorität Frankreichs nicht mehr anerkannt, nur noch in Algier und Umgebung wird selbe bis auf weiteres geduldet.

Politische Rundschau.

Laibach, 9. Mai.

Inland. Von den Regierungsorganen bespricht die „Grazer Zeitung“ die neueste Regierungsvorlage. Sie findet selbe natürlich mustergiltig und die Zustimmung der Polen selbstverständlich. Auch werde die Wahlreform, nach dem Votum der Polen zu schließen und nach allem, was über den diesbezüglichen Standpunkt der Regierung bekannt geworden, keinen Stein des Anstoßes bilden.

Bei den czechischen Blättern hat Graf Hohenwart mit seinen Vorlagen entschieden Unglück. Die „Politik“ bringt einen wüthenden Artikel, in welchem sie dem Ministerium vollends die Freundschaft kündigt, weil sie diese Vorlage für gleichbedeutend hält mit dem Bruche des ursprünglichen ministeriellen Programms. Sie sagt: „Von dem Ministerium Hohenwart eingebracht, bedeutet die Vorlage einen Treubruch an dem eigenen Programm, eine unberechtigte und staatschädigende Sonderaktion und eine Beeinträchtigung der übrigen für autonome Selbstständigkeit eintretenden Volksstämme, welchen gegenüber das böhmische Volk entschiedene Stellung nehmen muß, da die Vorlage als eine gegen dasselbe gerichtete Waffe aufgefaßt werden muß.“ Aber auch an direkten Drohungen läßt es das czechische Organ nicht fehlen, indem es die Regierung aufmerksam macht, daß das „böhmische“ Volk durch diese feindselige und zumindest gegnerische Vorlage gezwungen werde, der Regierung gegenüber eine „adäquate Stellung“ einzunehmen. Bisher sei die Regierung nicht direkt angegriffen worden; dieses Verhältniß werde jetzt ein Ende nehmen, wenn nicht etwa von Seite des Ministeriums Bürgschaften geboten werden, daß es nicht einzelne Theile begünstigen und daß es solche Begünstigungen nicht als eine Waffe gegen die übrigen Theile kehren wolle.

Was die polnischen Journale betrifft, so begrüßt der „Gazeta“ die galizische Vorlage um so herzlicher, als dieselbe, nach den Berichten seines Wiener Korrespondenten, ihre Entstehung wesentlich dem Einflusse der Krone verdankt. Auch der „Kraj“ und die Lemberger „Unia“ sprechen sich über dieselbe günstig aus, in der Erwartung jedoch, daß sie nicht das Ende vom Liede sei. Der „Dziennik polski“ dagegen nennt die Hohenwart'sche Vorlage die verstimmele Resolution. Seiner Ansicht nach bietet diese bei weitem weniger, als die in so zahlreichen Vereinsbeschlüssen kommentirte öffentliche Meinung Deutschösterreichs Galizien zu gewähren erbötig wäre. Das Projekt des wahrhaft österreichischen Cabinets macht Galizien — meint der „Dziennik“ — zu einer k. k. pensionirten historisch-politischen Individualität, und damit will sich das polnische Blatt nicht zufrieden geben. — Ein anderes polnisches Organ — die „Gazeta Narodowa“ — ist durch gute Beziehungen zum Minister Gro-

cholsti in der Lage, die Pläne des Grafen Hohenwart darzulegen. Darnach würde keine parlamentarische Niederlage im Stande sein, das Ministerium zu stürzen. Die Ablehnung der Regierungsvorlage werde wirkungslos sein, die Adresse an die Krone wirkungslos, ja selbst die Budgetverweigerung würde nur die Folge haben, daß der Reichsrath aufgelöst und eine kaiserliche Verordnung den Staatshaushalt feststellen würde.

Der Bericht des Verfassungsausschusses, womit heute die Autonomievorlage der Regierung im Plenum des Hauses verworfen wird, liegt dem vollen Wortlaute nach vor. Der Berichterstatter Dr. Herbst beantragt Uebergang zur Tagesordnung und begründet diesen Antrag in einer sehr scharfen Darlegung der Folgen, welche diese Vorlage, wenn sie zum Gesetz erhoben, nach sich zöge. Die Vorlage, heißt es darin, sei ganz und gar ungeeignet, den „innern Frieden“ herbeizuführen, sie müßte ein Chaos in der Gesetzgebung und immerwährende Konflikte zwischen der Reichsvertretung und den Landtagen, eine vollständige Verrückung der Staatsgewalten und die gänzliche Verwirrung der Kompetenzgrenzen, sowie endlich eine Erschütterung der Grundlagen des öffentlichen Rechtes zur nächsten Folge haben.

In Böhmen wurden ebenfalls sämtliche Tabors verboten.

Ausland. In München verschärft sich der Gegensatz der Parteien in der religiösen Frage. Der Klerus setzt, nicht achtend des Ausspruches des heil. Paulus: „Mulier taceat in ecclesia,“ unter den Damen der Aristokratie eine Adresse zu Gunsten des Erzbischofs in Umlauf, erreicht aber damit nicht den gewünschten Erfolg, denn bis jetzt haben sich nur sieben fromme Frauen gefunden, die das Schriftstück unterzeichneten. Dagegen zählt die Adresse des „Aktions-Komitee's“ an den König mehr denn 12.000 Unterschriften, das Begleitschreiben derselben ist ungemein schneidig im Ton und wird die Regierung zu entschiedenen Schritten drängen. Es bejagt, der Minister des Innern habe die Erzbischöfe schon am 9. August 1870 gewarnt, das Unschicklichkeitsdogma ohne die verfassungsmäßige Genehmigung des Königs zu verkünden. Trotzdem, heißt es weiter, haben die Bischöfe des Landes, dieser Warnung hohnsprechend, die neue Lehre verkündet. Das Ministerium erkennt in dem neuen Glaubensbuche eine wesentliche Alteration der Beziehungen zwischen Staat und Kirche und eine Gefahr für die politischen und sozialen Grundlagen des Staates; öffentlich von der Kanzel herab wird immer dringender zur Annahme der Lehre aufgefordert, welche die Regierung des Königs als eine Gefahr für die politischen und sozialen Grundlagen des Staates erklärte. Uns sind zahlreiche Berichte über frevelhafte Auflehnungen gegen die Staatsregierung zugekommen; Spott und Schande stellen Prediger von der Kanzel herab denen in Aussicht, die sich nicht unterworfen haben, feierliche Verfluchung und ehloses Begräbniß.

Es ist bekannt, daß wenige Wochen, nachdem die Staatsregierung die Verkündigung der neuen Lehre verboten hatte, Döllinger, ein Mann, der seine Gegner an Geist, Wissen und Gottesfurcht unermessbar überragt, in den Bann gethan wurde, weil er seiner religiösen Ueberzeugung treu und ein guter Staatsbürger geblieben. Der Erzbischof von Bamberg, welcher bis vor kurzem sich der staatlichen Ordnung zu fügen schien, hat trotz der Warnung des Königs am verflossenen Sonntag die Verkündigung der neuen Lehre geschehen lassen.

Das Schreiben schließt: „Tief bekümmert für die Freiheit unserer Gewissen, für den Frieden in unserem Hause und in unserem Lande, wenden wir uns an Eure Majestät mit der wiederholten und noch dringlicher gewordenen Bitte, Eure Majestät möge den Gesetzverletzungen und Uebergriffen einer Partei, die einer in Rom dominirenden politischen Macht gehorcht, ein Ziel setzen; möge Eure Majestät sich auch an die Spitze des geistigen Kampfes gegen wälschen Uebermuth und wälsche Unwissenheit

stellen, wie Eure Majestät der erste waren, der in dem weltlichen Kampfe gegen den Reichsfeind die Fahne erhoben hat.“

Aus Frankfurt a. M. wird vom 7. d. M. gemeldet, daß nach zweitägiger Verhandlung zwischen Bismarck, Arnim und Bankier Erlanger deutscherseits, Favre, Bouyer und Duclerc französischerseits in allen Hauptpunkten eine Verständigung erzielt wurde. Heute werde die Redaktion des Friedensinstrumentes stattfinden, welches dann dem deutschen Kaiser und der französischen Nationalversammlung zur Unterschrift vorgelegt werden wird. Ueber den Inhalt der Verhandlungen verlautet, der Kaiser habe Bismarck angewiesen, bei vollständiger Aufrechterhaltung der präliminirten Friedensbedingungen die möglichsten Erleichterungen für die Erfüllung derselben zu gewähren, sowie, daß die baldigste Unterdrückung der anarchischen Zustände in Paris in Verhandlung gezogen werde. Unter Vermittlung Bismarcks unterhandeln die französischen Bevollmächtigten mit Frankfurter Häusern über eine französische Anleihe von 500 Millionen Franken.

Zur Tagesgeschichte.

— Aus Hohenegg bei Gillsi wird der „Tagespost“ von einer ziemlich energischen Demonstration gegen das Volksschulgesetz im Mariatrostler Rapidadstle berichtet. Einige Schulkinder wurden nach der Oesterprüfung dem Schulunterrichte durch ihre Eltern entzogen, um zur Arbeit verwendet zu werden. Auf die Anzeige des Lehrers lud der Ortsschulinspektor, zugleich Ortsschulrath's-Obmann, die Eltern vor, um ihnen die Schulgesetze zu erklären und sie anzuhalten, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Einer der Vorgesprochenen tobte ungefühl in der Kanzlei und insultirte später den Schulinspektor in einem Gasthause. Die übrigen Vorgesprochenen, etwa 15 an der Zahl, erschienen in corpore in der Gemeindefanzlei und erklärten in beredten Worten, niemand habe das Recht, sie wegen ihrer Kinder vorzurufen, sie brauchten dieselben nicht zum Lernen, sondern zur Arbeit. Der Obmann des Ortsschulrath's hat aus dem Grunde, weil er das Schulgesetz in allen Punkten absolut nicht durchführen kann, seine Stelle niedergelegt.

— Ein Veteran des steierischen Schriftstellertums schreibt der „Grazer Tagespost“: „In Ihrem Artikel gegen die Taktlosigkeit und Unwissenheit des Ministeriums bezüglich der Feuersegnale auf den Bergen ist mir aufgefallen, daß der wichtige Umstand gar nicht berührt ist, daß im Frühjahr in Oesterreich, Steiermark und Kärnten das Bestreben auf den Höhen ausgebreitet und als G'reutfeuer am Oesterfarnstag abgebrannt wird, welches zu schauen heuer hunderte von Grazern auf den Schloßberg gestiegen sind. Man hat den Spizel mit der geheimen Gesellschaft offenbar aufsitzen lassen, und der Minister ist erst recht aufgefressen. So hat auch das Kreisamt im Jahre 1822 einen Kommissär zur geheimen Beobachtung einer geheimen Gesellschaft nach Marburg gesendet. — Er fand eine joviale Simandelbruderschaft und trat seinen Rückzug an, der aber nicht ganz geheim geblieben.“

— Am 30. v. M. starb zu Gang in Steiermark der 73jährige Keuschler Johann Glanschegg, welcher seit mehreren Jahren in einer Einsamkeit, im sogenannten „Eßlergraben“ auf der Stubenalpe, mit seinem Weibe eine ärmliche Hütte bewohnte und welcher mit dem größten Kropfe, den die Steiermark aufzuweisen hatte, behaftet war. Dieser Kropf war wirklich ein Unikum, welcher dem Inhaber bis über die Wangengrube auf der Brust herabhing und einen Umfang von 27 Zoll hatte, so daß ihn derselbe nach Belieben über die eine oder andere Schulter werfen konnte. Trotz dieses enormen Naturauswuchses war G. bis zu seinem, durch einen Sturz von einem Felse erfolgten Tode stets guter Dinge und galt bei seinen Landsleuten als einer der besten „Jöbler,“ woran ihn der Kropf nicht hinderte. Er wußte von der Alpe weit ins Thal hinab seine Stimme ertönen zu lassen und führte sogar sein eigenes Schaf bei sich. Derselbe wurde auch mit großer Theilnahme der Bewohner zur Erde bestattet, und es soll sogar Leute

gegeben haben, die ihn — beneideten. Man weiß —
do gustibus non est disputandum.

— Die Vorstellung der Oper „Frithjof“ im
königl. Opernhause zu Berlin am 30. v. M. war
gegen die Absicht des Regisseurs um eine Szene be-
reichert, wie sie komischer wohl niemals in den An-
nalen einer Hofbühne vorgekommen ist. Der zweite
Akt hat begonnen, die Bühne bleibt nach Absingung
eines Chors einen Augenblick leer und alles erwartet
gespannt das Auftreten von Frithjof-Niemann. Aber
man denke sich das homerische Gelächter des Auditoriums:
statt Niemann erscheint — eine tiefschwarze
Kage, welche es sich eben auf der Bühne bequem
machen will, als sie, durch den ersten Ton des auf-
tretenden Frithjof erschreckt, einen mächtigen Sprung
in's Orchester unternimmt. Die Fransaren des Blechs
mochten ihr auch nicht behagen, denn nun springt sie
gar mit leuchtenden Augen direkt in's Parquet. Jetzt
verwandelte sich aber die Heiterkeit, namentlich Seitens
des Damen-Publikums in Entsetzen, und mancher Blick
senkte sich ängstlich auf die lustige Gewandung, bis
der schwarze Kobold mit kühnem Sprunge sich zwar
nicht auf das Amphitheater, aber geraden Wegs zurück
auf die Bühne begibt und Frithjof mit einem lieblich-
en Miau zum Wettgesang einladet. Nun verließ auch
Herr Niemann, welcher sich bisher nicht hatte aus
der Fassung bringen lassen, der tragische Ernst, und
während er kurze Zeit paustren mußte, schritt die
Kage langsam und gravitatisch über die ganze Aus-
dehnung der Bühne, bis sie den Blicken des Publi-
kums und des General-Intendanten, welcher in seiner
Loge Höllequalen erduldet, entwand.

— Kürzlich schlug der Blitz in die Wohnung
des Philosophen Dr. Ludwig Feuerbach, der auf dem ein-
samem Schloßchen Rechenberg bei Nürnberg haust. Es
war dies insofern nur ein „Witz“, denn dem Philosophen
geschah nichts, trotzdem seine Schriften bekanntlich den
Ultramontanen ein „Scheuel und Gräuel“ sind. Es
wurde nur eine Kiste mit Kleidern versengt. Aber
ein erbaulicher Vortrag ließe sich trotz alledem daran
knüpfen; man braucht nur zu ignorieren, daß der Blitz
überhaupt gerne in hochgelegene Gebäude schlägt, die
keine Blitzableiter haben.

— Die „Berite“ veröffentlicht folgende saubere
Geschichte: Ein gewisser de Groot, 44 Jahre alt,
befand sich seit 17 Jahren in dem Trappistenkloster
zu Forges bei Chimay (in Belgien). Vor etwa
zwei Monaten meldeten sich dort zwei Brüder des-
selben, um ihn zu besuchen. Der Prior erklärte, daß
es unhöflich sei, den de Groot zu sprechen, da der-
selbe krank im Bette liege und der Arzt verboten habe,
irgend jemand zu ihm zu lassen. Fünf Wochen später
sah sich ein dritter Bruder, Leon de Groot, im
Kloster ein, brachte dasselbe Anliegen vor und ersuhr
dieselbe Ablehnung. Er ließ sich jedoch nicht zurück-
weisen. „Ist denn mein Bruder krank?“ — „Ja,
er liegt in der Krankenstube,“ lautete die Antwort. —
„Darf er denn nicht einen Augenblick hierher kommen?“
— „Nein.“ — „Und soll er denn niemals mehr
den Krankensaal verlassen?“ — Diese Frage blieb
ohne Erwiderung. — Leon erklärte jetzt: „Ich muß
meinen Bruder sprechen, ich werde es erzwingen, wer
auch dazwischen treten möge.“ — „Er ist hier wohl
aufgehoben.“ — „Davon bin ich keineswegs überzeugt.
In diesem Kloster sind schon abscheuliche Geschichten
passirt; der erste Prior wurde zu 20 Jahren Zucht-
haus verurtheilt und andere aus dem Kloster erfahren
ein ähnliches Schicksal. Ich werde mich an die Staats-
anwaltschaft wenden.“ — Gesagt, gethan. Leon bean-
spruchte die Hilfe des Staatsanwaltes zu Charleroi,
der den Polizeikommissär zu Forges, sowie zwei Gen-
darmen zum Beistand Leon's abordnete. Letzterer be-
richtete über diesen neuen Besuch im Kloster: „Wir
traten alle vier ins Kloster, und wir fanden denn
auch meinen Bruder, und zwar in einer Zelle, in der
er drei Monate lang eingesperrt gewesen war und
außer dem Wächter, der ihm Nahrungsmittel brachte,
keinen Menschen zu sehen bekommen hatte. Er wußte
nicht, wodurch er sich diese Mißhandlung zugezogen.
Der Arzt hatte ihm gute und kräftige Nahrung ver-
ordnet und man hatte ihm diese verweigert. Er war

so entkräftet, daß er sich nicht auf den Füßen halten
konnte, und daß es eines Wagens bedurfte, um ihn
fortzuschaffen. Er hatte sehr oft, aber vergeblich ge-
beten, ihn aus dem Kloster zu entlassen. Da ihm
jeder Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten worden
war, so warf er auf gut Glück einen Brief aus dem
Fenster, in welchem er seinen Bruder von seiner Lage
unterrichtete. Ein Vorübergehender fand den Brief
und beförderte denselben zur Post.“ Leon gibt zum
Schluß seiner Mittheilung den Grund für die Miß-
handlung, deren Gegenstand sein Bruder war, dahin
an, daß derselbe eine Summe von 7—8000 Franken,
die ihm aus dem Nachlasse seines Vaters zufielen,
dem Kloster nicht schenken wollte. Es ist zu hoffen,
daß die Justiz nicht verfehlen wird, zur Feststellung
dieser Enthüllung die nöthigen Schritte zu thun.

— Bei der am 1. d. M. abgehaltenen deutschen
Friedensfeier in London hielt Professor Max
Müller in Oxford, einer der größten Vertreter
deutscher Wissenschaft in England und in der ganzen
Welt, die Hauptrede, der wir folgendes entnehmen:
Die politische Leitung der Welt ruht bei den Engländern,
den Amerikanern und den Deutschen. Halten
diese drei teutonischen Völker zusammen, so kann die
Welt wieder Frieden haben, und die anderen Natio-
nen, Frankreich an der Spitze, können dem Kampfe
der Waffen entsagen und wieder den stolzeren Kampf
des Gewerbestrebes, der Wissenschaft, der Gesittung und
des Charakters aufnehmen. Werden jene drei teuto-
nischen Nationen durch europäische Eifersucht und
Stolz getrennt, so werden die dämonischen Mächte des
Krieges nie gesehelt sein. Vergessen wir daher alle
Bitterkeit; arbeiten wir jeder in seinem Kreise an der
Befestigung der Freundschaft zwischen England, Ame-
rika und Deutschland.

— Aus Russisch-Polen wird der „Schle-
ssischen Zeitung“ geschrieben: Bei uns wird eine förm-
liche Treibjagd gegen die nicht nach der neuesten Vor-
schrift sich tragenden Juden von der städtischen Be-
hörde veranstaltet. Den Subalternbeamten ist — wie
dies gewöhnlich bei russischen Klafen der Fall — keine
genügende Instruktion gegeben worden, und diese weis-
eifern unter einander, indem der erste den nach dem
Rathhause gebrachten Individuen nur die Locken weg-
schneidet, der andere hingegen mit den Seitenhaaren
wegrastren läßt. Ebenso verhält es sich mit den
Röcken, die einer der Beamten — trotzdem die Vor-
schrift nur auf eine Entfernung von zwölf Zoll von
der Erde ab lautet — so umschneiden läßt, daß sie
gar nicht mehr zu tragen sind.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Einige Worte der Ausführung
des „Programms Laibacher Bürger.“) Der
Zeitgeist ringt nach der Geltendmachung des Indivi-
duums. Diese kulturhistorische, in den letzten Dezen-
nien zu lebhaftem Ausdruck gekommene Tendenz för-
derte die freirechtlichen Geseze zu Tage, welcher wir
uns namentlich in Oesterreich erfreuen. Dieselben bieten
dem Staatsbürger nach allen Richtungen zur Entwik-
lung und Geltendmachung seines Werthes Raum und
Schutz. Aus diesem freirechtlichen Zustande ist der Kampf
zu erklären, in welchem Prinzipie (!) Ansichten, Bestre-
bungen sich an einander reiben, und welcher um so
härter ist, als bei dem vielen Guten, was angestrebt
und erzielt wird, die menschliche Schwäche die Klärung
der Begriffe und Charaktere erschwert und verzögert.
Dieser berechtigigte, naturgemäße Kampf ist es, an
welchem auch die Stadt Laibach lebhaften Antheil nimmt,
welcher jedoch auf der Rehrseite seiner Ergebnisse in
sozialer, geschäftlicher und auch in moralischer Hinsicht
manchen empfindlichen Nachtheil mit sich führt. Nicht
möglich und nicht zweckmäßig wäre es, das Ringen,
dessen Augenzeugen wir sind, einzustellen; dasselbe ist
eine absolute Bedingung des Fortschrittes. Allein möglich
und zweckmäßig ist es, die Nachtheile, die er im Ge-
folge hat, ins Auge zu fassen und abzuschwächen. Die
Garantie für die Möglichkeit der Erreichung dieses

Zieles liegt in der fortgeschrittenen Bildung des hie-
sigen Bürgerstandes. Jene glücklich errungene Bildung
ist es, welche sicherlich die bei weitem größte Mehrzahl
der Bürger zu jenen Prinzipien bereits geleitet hat,
welche in dem vorstehenden Programme angedeutet
sind. Wer von uns soll es nicht wünschen, daß Zwist
und Haber gedämpft werden, daß die Verschiedenheit
der Ansichten bei sozialen und geschäftlichen Verührun-
gen keinen störenden Einfluß übe, daß Verständigungen
ermöglicht und zugelassen werden, daß die Tugenden
konstitutioneller Staatsbürger, als: Festhalten am Fort-
schritte, an freirechtlich geregeltten Zuständen, an dem
Prinzipie der Humanität, der Duldsamkeit und der
wohlermessenen Selbstverläugnung zum Frommen der
Mitbürger die Oberhand gewinnen? Alle Nationali-
täten sind gleich achtbar. Die eigene zu verläugnen,
wäre Schwäche, sie über andere zu erheben, wäre Un-
gerechtigkeit. Die Nationalitätsbestrebungen sind berech-
tigt, — auch die Nation ist ein Individuum. In der
Natur ist alles Mittel und Zweck zugleich. Nur wenn
man diesen sachgemäßen (!?) Maßstab an die Natio-
nalsitätsfragen anlegt (!?), ergibt sich die Mög-
lichkeit der naturgemäßen Behandlung derselben. (!?!?)
Alles was durch die Nationalität zur möglichst vielsei-
tigen Hebung der Volkskultur erreicht werden kann, soll
angestrebt, soll erreicht werden. Was diesem Zwecke
abseits zu liegen käme, hätte keine moralische und
keine logische Berechtigung. Mit großer Befriedigung
darf man auf die Fortschritte blicken, welche man auf
diesem Felde bereits erzielt hat, sowie auf die hoff-
nungsvoll keimende Saat, an deren Gedeihen bei der
Fruchtbarkeit des Terrains, auf dem sie steht, und der
Emsigkeit der Hände, die sie pflegt, nicht zu zweifeln
ist. Die Nothwendigkeit der Pflege der deutschen Sprache
zu dem Zwecke leichter erreichbarer höherer Ausbildung,
erhöhter Industrie, vermehrten Verkehrs u. s. w. kann
von niemand geleugnet werden. Die Momente dieser
Nothwendigkeit wurzeln in einer vielfachen Vertretung
der Interessen und Verhältnisse unserer Provinz, welche
zu beseitigen oder wesentlich zu ändern, selbst jede
staatsmännische Kunst sich vergebens anschiden würde.
Wir vindiziren für die Forschungen der Wissenschaft
unbeirrbares Feld, halten dabei an unserer erhabenen
Religion mit Ueberzeugung und Charakterkonsequenz
fest, wünschen jedoch, daß man uns einerseits mit
neuen Wunderphänomenen, andererseits mit dem reli-
giösen Nihilismus à la Zimmermann verschone. Will-
kommen ist uns der vorüberziehende, willkommen der
hier verbleibende Fremde, und erwünscht ist des Letz-
teren geistiger und materieller Beitrag zum allgemeinen
Wohle. Dabei dürfen wir das Urtheil der Bescheiden-
heit desselben überlassen, ob unser Kulturstand an seine
Beihilfe, als an eine Nothwendigkeit, angewiesen sei.
Die Bemühungen zur Hebung des Schulwesens ver-
dienen die vollste Anerkennung, und namentlich besitzt
Laibach in allen Fächern ausgezeichnete Lehrkräfte. Wir
wenden uns vertrauensvoll an dieselben und bitten sie,
die Grundsätze, zu welchen sich bereits die Väter be-
kennen, der Jugend beizubringen, damit sie sich ruhiges
Urtheil, Mäßigkeit und Edelstinn rechtzeitig aneigne
und als Leitsterne in ihrer seinerzeitigen männlichen
Wirksamkeit behalte. Unantastbar sei die Ehre Jeder-
manns. Zum Schutze derselben wurden die Schwur-
gerichte in Pressachen eingeführt. Nach den gemachten
Erfahrungen hat bisher das Institut seinem hochwichti-
gen Zwecke nicht allenthalben entsprochen; denn es
trat nicht selten eine entschiedene Hinneigung hervor,
das „Nichtschuldig“ auszusprechen und somit den Be-
leidigten ohne Schutz zu lassen. Eine derlei Handha-
bung der Geschwornenfunktion würde zur Konsequenz
führen, daß die Bürger sich, was ihre Ehre anbelangt,
als vogelfrei erklärt ersehen und auf Prozeßprozesse ver-
zichten müßten, von denen sich ein positiver Erfolg
obnedies nicht voraussehen ließe. Laibach ist so glück-
lich, diesfalls wenig Erfahrung aufweisen zu können,
doch sei es uns erlaubt, unsern Geschwornen volle Ob-
jektivität warm ans Herz zu legen. Wir übergehen
den Punkt 8 des Programms als ein selbstverständ-
liches Korollar des sonst Gesagten, nur müssen wir
beifügen, daß der besagte Punkt keine konkrete Vertre-
tung der Stadt zum Gegenstande der Besprechung hat,

